

12.05.2014

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der PIRATEN

Folgen des Atomausstiegs für NRW - NRW braucht Transparenz bei den Zukunftslasten in Milliardenhöhe

Wie der aktuellen Ausgabe des SPIEGEL zu entnehmen ist, wollen die großen deutschen Energieversorger ihre riskanten Atomgeschäfte an den Bund abschieben. Wie der SPIEGEL berichtet, fordern die Konzerne eine staatliche Stiftung, die den Abriss der Meiler und die Lagerung des Atommülls finanziert. Beitrag der Energiekonzerne sollen die bisherigen Rückstellungen der Konzerne sein.

NRW ist betroffen. Die größeren Kommunen NRWs haben Beteiligungen an RWE, einem der in Rede stehenden Protagonisten. Erst jüngst wurde bekannt, dass viele Kommunen erhebliche Wertabschreibungen auf ihre RWE-Beteiligungen vornehmen mussten. Rückstellungen des THTR 300 Hamm-Uentrop in Höhe von über 600 Mio EUR stellen sich ausschließlich als Forderungen gegenüber Bund und Land NRW dar. Im Falle konsequenter Umsetzung der Stiftungsidee unter Einbringung der Rückstellungen würde NRW sofort zur Kasse gebeten. Im Fall RWE redet man von notwendiger Kapitalerhöhung, was dazu führen würde, dass die Kommunen zur Kasse gebeten würden, um ihre Sperrminorität zu erhalten. Die Kommunen sind mit 25 % an RWE beteiligt.

Die Hintergründe für die Forderung der Energiekonzerne sind offensichtlich die entweder deutlich zu niedrig angesetzten Kosten für den Rückbau der Anlagen sowie für die Endlagerung oder die schlichte Unmöglichkeit diese Kosten seriös zu kalkulieren. Insbesondere ist nicht absehbar, wann Atomanlagen rückgebaut werden können und welche Rückbau- und Endlagerkosten im Verlauf und schließlich anfallen werden. Die Forderungen machen den Anschein, dass den großen Energiekonzernen schon heute klar ist, dass die gebildeten Rücklagen bei weitem nicht ausreichen könnten.

Datum des Originals: 12.05.2014/Ausgegeben: 12.05.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Hierüber muss der Landtag zeitnah im Rahmen einer Aktuellen Stunde diskutieren.

Dr. Joachim Paul
Nicolaus Kern
Dietmar Schulz
Kai Schmalenbach
Hanns-Jörg Rohwedder

und Fraktion